

Inhalt

I. Die Besoldungsrunde 2011/2012 - Die Anpassungsmaßnahmen der Länder im Kurzüberblick	1
1. Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder.....	1
2. Folgewirkungen auf die Bezüge der Beamten der Länder, die Mitglieder der TdL sind.....	1
3. Anpassungsmaßnahmen des Bundes und der Länder, die nicht Mitglieder der TdL sind	3
II. Aktuelle Änderungen im Beihilferecht	4
1. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes (BBhV – Bund)	4
2. Behandlungen durch Heilpraktiker (BBhV – Bund).....	4
3. Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ).....	4
III. Neues auf Rehmnetz.....	5
IV. Beamten-Blog.....	5

I. Die Besoldungsrunde 2011/2012¹ - Die Anpassungsmaßnahmen der Länder im Kurzüberblick

Birgit Zinner

Regierungsüberinspektorin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

1. Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder

Die Tarifeinigung vom 10. März 2011 zwischen der TdL und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sieht für die Beschäftigten der Länder neben einer Einmalzahlung von 360 € ab 1.4.2011 eine lineare Anpassung von 1,5 % und ab 1.1.2012 eine weitere lineare Anpassung von 1,9 % sowie einen Sockelbetrag von 17 € vor. Keine direkten Auswirkungen hat dieses Tarifergebnis für die Beschäftigten des Bundes und der Länder Hessen und Berlin, da diese nicht Mitglieder der TdL sind.

2. Folgewirkungen auf die Bezüge der Beamten der Länder, die Mitglieder der TdL sind

Nach ständiger Rechtsprechung des BVerfG hat der Gesetzgeber bei der Anpassung der Besol-

dung der Beamten und Richter u. a. die Einkommensentwicklung der tarifvertraglich Beschäftigten, vor allem der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, zu berücksichtigen. Er ist dabei nicht verpflichtet, das Tarifergebnis spiegelbildlich auf die Beamtenbesoldung zu übertragen, insbesondere zeitliche Verschiebungen sind möglich. Da lineare Anpassungen und Sockelbeträge im Gegensatz zu Einmalzahlungen sowohl in Bezug auf die Besoldungshöhe als auch bezüglich der Kosten für den Dienstherrn dauerhafte Wirkung entfalten, fiel die Umsetzung des Tarifergebnisses auf die Besoldung der Beamten und Richter der Länder sowohl hinsichtlich des Zeitpunkts als auch der Höhe entsprechend unterschiedlich aus:

Einige Länder übernehmen den Tarifabschluss zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung der Beamten und Richter, dies sind:

- Brandenburg²
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen³
- Nordrhein-Westfalen⁴
- Sachsen⁵ und
- Sachsen-Anhalt⁶.

¹ Siehe hierzu auch die aktualisierten Erläuterungen in der Einführung zu Teil C „Länderrecht“ in *Schwegmann/Summer* zum Stand der 158. AL (Erscheinungstermin Januar 2012).

² Brandenburgisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 v. 18.10.2011 (GVBl. I Nr. 23)

³ Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 v. 26.5.2011 (GVBl. S. 141)

⁴ Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 Nordrhein-Westfalen v. 5.4.2011 (GV. NRW S. 202)

⁵ Siebtes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 16.6.2011 (SächsGVBl. S. 170)

⁶ Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 v. 6.10.2011 (GVBl. S. 680)

In den übrigen Ländern sind unterschiedlich große Abweichungen von den Eckpunkten des Tarifabschlusses vorgesehen. Zum Teil werden zeitliche Verschiebungen der einzelnen Anpassungsschritte vorgenommen, teilweise wird auch auf einzelne Bestandteile verzichtet:

In **Schleswig-Holstein**⁷ wird das Tarifergebnis zwar übernommen, jedoch wird die lineare Anpassung zum 1.1.2012 um 0,2 % für die Zuführung zur Versorgungsrücklage vermindert.

In **Hamburg**⁸ werden die linearen Anpassungen übernommen – die Einmalzahlung und der Sockelbetrag werden jedoch nicht übertragen.

In **Thüringen**⁹ erfolgt die Linearanpassung zeitlich verzögert ab 1.10.2011 um 1,5 % und ab 1.4.2012 um 1,9 % zzgl. Sockelbetrag von 17 €.

In **Bremen**¹⁰ ist eine gestaffelte Anpassung vorgesehen:

Für die Besoldungsgruppen bis einschließlich A 8	Lineare Erhöhung ab 1.4.2011 um 1,5 %
	Einmalzahlung i. H. v. 360 €
	Lineare Erhöhung ab 1.4.2012 um 1,9 % sowie darauf folgend eine Erhöhung der Grundgehaltssätze um 17 €
Lineare Erhöhung ab 1.4.2012 um 1,9 % sowie darauf folgend eine Erhöhung der Grundgehaltssätze um 17 €	Lineare Erhöhung ab 1.4.2011 um 1,5 %
Für die übrigen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A sowie der Besoldungsordnungen B, C, R und W	Lineare Erhöhung ab 1.10.2011 um 1,5 %
	Lineare Erhöhung ab 1.10.2012 um 1,9 % sowie darauf folgend Erhöhung der Grundgehaltssätze um 17 €

In **Bayern** ist für das Jahr 2011 keine Anpassung geplant; abschließende Entscheidungen für das Jahr 2012 wurden noch nicht getroffen.

Im **Saarland** soll voraussichtlich im Dezember 2011 eine Einmalzahlung von 360 € und ab 1.7.2012 eine lineare Anpassung von 1,9 % gewährt werden.

Baden-Württemberg hat unabhängig vom Tarifergebnis die Bezüge bereits zum 1.4.2011 um 2 % erhöht. Eine weitere Anpassung um 1,2 % sowie die Gewährung eines Sockelbetrags von 17 € ist zum 1.1.2012 geplant. Damit würde die zum 1.4.2011 höhere Anpassung sowie eine Absenkung um 0,2 % für die Zuführung zur Versorgungsrücklage berücksichtigt werden. Außerdem sind Einmalzahlungen zwischen 100 € und 280 €, abhängig von der Besoldungsgruppe, vorgesehen.

Rheinland-Pfalz übernimmt die Einmalzahlung von 360 € sowie die lineare Anpassung von 1,5 % ab 1.4.2011 auf die Bezüge der Beamten und Richter. Ab 1.1.2012 ist jedoch geplant, das bisherige Verfahren nicht beizubehalten und unabhängig vom Tarifabschluss die Bezüge der Beamten und Richter grundsätzlich zum 1.1. jeden Jahres um 1 % zu erhöhen. Diese Maßnahme wird vorerst für einen Zeitraum von 5 Jahren befristet (siehe Entwurf des Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung, LT-Drs. 16/281). Die Gründe hierfür sind laut Begründung des Gesetzentwurfs die unvermeidbare

Produktipp

Schwegmann/Summer
Besoldungsrecht des Bundes und der Länder
 Kommentar

Der Praktiker-Kommentar für schnelle und detaillierte Antworten auf alle Fragen zum Besoldungsrecht.

Loseblattwerk in 6 Ordnern

€ 279,95 zzgl. Aktualisierungen
 € 479,95 ohne Aktualisierungen
 ISBN 978-3-8073-0166-2

[\[Mehr Info\]](#)

Internetausgabe

Halbjahrespreis für 3 Zugriffe: € 242,50
 ISBN 978-3-8073-2313-8

[\[Mehr Info\]](#)

⁷ Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 vom 16.6.2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 188)

⁸ Siehe Entwurf eines Gesetzes über die jährliche Sonderzahlung und die Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2011/2012, Drs. 20/1016

⁹ Thüringer Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 (GVBl. S. 235)

¹⁰ Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2011/2012 in der Freien Hansestadt Bremen v. 12.4.2011 (Brem. Gbl. S. 288)

Konsolidierung des Landeshaushalts. Da die Personalausgaben einer der größten Ausgabenblöcke ist, müsse auch dieser Bereich in die Konsolidierungsmaßnahmen einbezogen werden.

Das künftige Verfahren mit im Voraus festgelegtem Anpassungszeitpunkt und gleichbleibender Höhe soll den rheinland-pfälzischen Beamten und Richtern Planungssicherheit bieten. Als Begründung wird außerdem z. B. aufgeführt, dass die Situation der Haushalte (vgl. „Entwicklung der allgemeinen finanziellen Verhältnisse“) gegenüber der Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst (vgl. „Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse“) nachrangig bzw. subsidiär sei; beide Tatbestandsmerkmale stünden gleichberechtigt nebeneinander, sie könnten freilich auch zielkonfliktartig in einem Spannungsverhältnis stehen. Dabei könne das Merkmal der „Entwicklung der allgemeinen finanziellen Verhältnisse“ eine gegenüber dem Tarifbereich niedrigere Bezügeanpassung umso eher gebieten, je drastischer – oder gar prekärer – die jeweilige Haushaltssituation sei. Siehe im Übrigen die Begründung zum Entwurf des Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes, LT-Drs. 16/281.

Produktipp



Prof. Dr. Gourmelon (Hrsg.)/Behrens/Zempel

PöS – Personalmanagement im öffentlichen Sektor

Methoden und Instrumente für die Praxis

Das PöS-Startpaket:

- Anonymisierte Bewerbungen (Softcover)
- Personalmarketing (Softcover)
- Sammelordner

ISBN 978-3-8073-0159-4
€ 79,95

erscheint voraussichtlich
im **Dezember 2011**

[**\[Mehr Info\]**](#)

In der neuen Reihe "PöS - Personalmanagement im öffentlichen Sektor" greifen die Autoren kurzfristig aktuelle Entwicklungen im Personalmanagement auf. Die Inhalte der Beiträge sind so aufbereitet, dass sie unmittelbar in die Praxis umgesetzt werden können.

Der Erfolg dieses Verfahrens wird von den Ergebnissen der Tarifverhandlungen und den sich daran orientierenden Anpassungsmaßnahmen der anderen Länder bestimmt werden. Es bleibt abzuwarten, ob auch andere Länder dieses oder ein ähnliches Verfahren übernehmen werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass es in der Vergangenheit für das gesamte Bundesgebiet Jahre ohne Anpassung gab (2005 und 2006) oder dass zwischen den verschiedenen Maßnahmen auch längere Zeiträume als 1 Jahr lagen (z. B. zwischen 1.1.1998 und 1.6.1999 bzw. 1.1.2000). Sollten die Bezügeanpassungen der anderen Länder jedoch deutlich höher als 1 % ausfallen, wird dies zu erheblichen Diskussionen führen. Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahre könnte unter Umständen auch die Frage gestellt werden, ob die Besoldung den verfassungsmäßigen Anforderungen genügt. In jedem Fall wird die weitere Entwicklung mit Interesse beobachtet werden.

3. Anpassungsmaßnahmen des Bundes und der Länder, die nicht Mitglieder der TdL sind

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes vom 27.2.2010 wurde zeit- und inhaltsgleich auf die Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten des **Bundes** in 3 Schritten in den Jahren 2010 und 2011 übernommen. Die Erhöhung zum 1.8.2011 vermindert sich gemäß § 14a Abs. 2 Satz 1 BBesG um 0,2 %. Dementsprechend wurde die Besoldung der Beamten, Richter und Soldaten des Bundes zum 1.1.2010 um 1,2 %, zum 1.1.2011 um 0,6 % und zum 1.8.2011 um 0,3 % erhöht. Außerdem wurde im Januar 2011 eine Einmalzahlung i. H. v. 240 € gewährt.

Auch in **Berlin** wurden zum 1.10.2010 die Bezüge um 1,5 % erhöht. Ein zweiter Anpassungsschritt wurde zum 1.8.2011 mit einer Anhebung um 2 % vorgenommen.

In **Hessen** werden die Dienstbezüge zum 1.10.2011 um 1,5 % und zum 1.10.2012 um weitere 2,6 % erhöht.

Birgit Zinner

II. Aktuelle Änderungen im Beihilferecht

Wolfgang Weigel

Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen, München

1. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes (BBhV – Bund)

Wie bereits in der Newsletter-Ausgabe 9 (September 2011) dargestellt, hat das Bundesministerium des Innern am 13. Juli 2011 die 2. Verordnung zur Änderung der BBhV erlassen, die u.a. die Zuordnung von Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes zum Kreis der berücksichtigungsfähigen Angehörige zum Ziel hat. Grundsätzlich soll diese Änderung formal am Tag nach dem Tag in Kraft treten, an dem Artikel 1 des Gesetzes zur Übertragung ehebezogener Regelungen im öffentlichen Dienstrecht auf Lebenspartnerschaften in Kraft tritt. Die gesonderte Bekanntgabe des Inkrafttretens durch das Bundesministerium des Innern im Bundesgesetzblatt ist bislang nicht erfolgt.

Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



Loseblattwerk in 4 Ordnern

€ 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

€ 289,95 ohne Aktualisierungslieferungen

ISBN 978-3-8073-0014-6

[\[mehr Info\]](#)

Dieses über 5.000 Seiten starke und dennoch übersichtliche Standardwerk für das Beihilferecht erläutert die aktuelle Rechtsprechung sowie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich.

Im Vorgriff auf diese formelle Änderung hat das Bundesministerium des Innern jedoch mit Rundschreiben vom 30. August 2011, D6-213 100/74, verfügt, dass bei Beihilfeanträgen zu Aufwendungen für Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, über die noch nicht rechtskräftig entschieden ist, bereits Beihilfeleistungen unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der genannten Gesetzesänderung gewährt werden können. Ferner wurde gebeten, die Beihilfeberechtigten von dieser Vorgriffsregelung in geeigneter Form zu unterrichten.

2. Behandlungen durch Heilpraktiker (BBhV – Bund)

Abweichend von den Vorgaben des § 6 Abs. 3 BBhV hat das Bundesministerium des Innern mit den Verbänden der Heilpraktiker am 23. September 2011 eine Vereinbarung zur Berechnung von Leistungen im Fall von Beihilfeberechtigten des Bundes getroffen. Die Vereinbarung gilt für Leistungen, die ab 1. Oktober 2011 erbracht wurden bzw. werden. Die abrechenbaren und damit beihilfefähigen Leistungen wurden vom Bundesministerium des Innern mit Rundschreiben vom 11. Oktober 2011, D6-213 100-1/14, zum Vollzug bekannt gegeben.

Die beihilferechtliche Anerkennung von Heilpraktikerleistungen zu höheren Honoraren ist grundsätzlich nicht mehr möglich, da sie nicht „wirtschaftlich angemessen“ im Sinn des § 6 Abs. 1 Satz 1 BBhV wären.

3. Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ)

Das für das zahnärztliche Gebührenrecht zuständige BMG hat einen Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) erarbeitet, der vom Bundeskabinett beschlossen wurde und zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Manuskripts bereits dem Bundesrat zur Beratung zugeleitet worden war (vgl. BR-Drs. 566/11). Durch diese Änderungsverordnung soll u.a. eine Anpassung der allgemeinen Gebührenvorschriften der GOZ an die seit dem 1.1.1996 geltenden vergleichbaren Grundlagen der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) erfolgen.

Ferner soll eine Überarbeitung des Leistungsverzeichnisses insbesondere in den Bereichen

- Prophylaxe
- Zahnerhaltung
- Chirurgie
- Parodontalerkrankungen
- Prothetik und
- Implantologie

erfolgen, wodurch auch die Notwendigkeit der Bildung analoger Gebührensätze zurückgeführt werden soll.

Im Entwurf des BMG ist ein Inkrafttreten der Änderungsverordnung zum 1.1.2012 vorgesehen.

Wolfgang Weigel

Themenseite Beamtenrecht

Mit Rehmnetz halten wir Sie stets auf dem Laufenden:
<http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht.html>

III. Neues auf Rehmnetz

- *News:*
[Arbeit für den Staat ist Dienst am Gemeinwesen](#)
- *Gesetzgebung:*
[Gewinnung von Fachkräften im öffentlichen Dienst](#)
- *Rechtsprechung:*
[BVerwG verdoppelt Anspruch auf Freizeitausgleich für Feuerwehrleute](#)

IV. Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf [rehmnetz.de](http://www.rehmnetz.de) zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

- [Politikerflüge, Alimentation und Reisekostenrecht](#)
- [Ballungsraumzulage als „ABM“](#)
- [Gleichstellung von Beamten nach dem SGB IX](#)

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. | _____
 Schwegmann/Summer/Sander u. a.
Besoldungsrecht des Bundes und der Länder
 Kommentar
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0166-2
 € 279,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. | _____
Internetausgabe
 ISBN 978-3-8073-2313-8
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe
 € 242,50



Expl. | _____
pcBeamte
 PC-Programm zur Ermittlung von Brutto- und Nettoeinkünften für Beamte, Richter und Soldaten.
 CD-ROM
 ISBN 978-3-7685-8024-3
 € 48,00 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. | _____
 Schadewitz/Röhrig/Hämmerle u. a.
Beihilfeschreiben
 Kommentar
 Loseblattwerk in 3 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-4077-3
 € 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. | _____
 Mildenerger/Weigel/Pohl u. a.
Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk in 4 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0014-6
 € 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Picken Sie sich das Beste heraus!

Wichtige Informationen zum Themenkomplex Beamtenrecht finden Sie auf unserer Homepage!

[mehr Info]



Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmetz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühig Jehle Rehm GmbH
81677 München

Weitere Arbeitshilfen



Expl. | _____
 Stegmüller/Schmalhofer/Bauer u. a.
Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder
 Kommentar
 Loseblattwerk in 5 Ordnern
 ISBN 978-3-7825-0193-4
 € 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. | _____
 Schütz/Maiwald/Brockhaus u. a.
Beamtenversorgungsgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-6070-2
 € 139,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Hier können Sie unser komplettes Titelangbot zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 515178

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
 Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Sept. 2011